

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 10.- M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheinland, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich, Ungarn und Buzenburger 20.- M. für das übrige Ausland 27.- M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Buzenburger, Schweden und die Schweiz. Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Welt und Zeit", der Unterhaltungsbeilage "Heimwelt" und der Beilage "Erdkunde und Reiseberichte" erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die schlagzeilige Komparativzeile kostet 1,50 M. "kleine Anzeigen" das jeweilige Wort 1,50 M. (schlägt zwei jeweilige Worte), jedes weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen und Stellenangelegenheiten das erste Wort 1.- M., jedes weitere Wort 50 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 50 Pf. 1.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Kreuzungsgebühr.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Unter den Eichen 2, abgegeben werden. Selbstredend bis 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Montag, den 15. August 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Die Stadtverordnetenwahlen.

Seimanns Referat auf dem Berliner Bezirkstag.

Die Stadtverordnetenwahlen, vor denen wir in Groß-Berlin stehen, haben für die Partei wie für die Bevölkerung Groß-Berlins eine Bedeutung, die weit hinausgeht über die jeder anderen bisherigen Kommunalwahl. Diese Wahlen verdienen daher die ernsteste Beachtung auch des Groß-Berliner Bezirkstages.

Um zu einer richtigen Beurteilung der von der Partei bei diesen Wahlen einzuschlagenden Taktik zu gelangen, ist es erforderlich, kurz rückblickend die Verhältnisse zu betrachten, die sich bei den letzten Wahlen am 20. Juni 1920 und seit dann entwickelt haben.

Wir haben bei diesen Wahlen am 20. Juni 1920 ungünstig abgeschnitten. Doch es so kommen würde, war jedem Einsichtigen von vornherein klar. Um das deutsche Volk und die deutschen Arbeiter vor dem Abstieg in den Abgrund zu retten, ist die SPD. nach dem Zusammenbruch des alten Regiments ohne Besinnen in die Bresche gesprungen und hat in der furchtlichsten Situation, in der jemals ein Volk gestanden hat, die Verantwortung für die Führung der Regierungsgeschäfte übernommen.

Niemals war eine Partei vor schwierigeren Aufgaben gestellt, niemals war es gleich unmöglich, auch nur einen Bruchteil der Hoffnungen und Erwartungen zu erfüllen, welche die Millionen ungeschulter Wähler

auf unsere Partei gesetzt hatten. Zu diesen durch den Verlust des Weltkrieges herbeigeführten Verhältnissen kam die hemmungslose, ungezügelte Agitation, mit der unsere Gegner von rechts und links nicht dem Krieg mit allem, was er im Gefolge hatte, sondern uns die Schuld am Elend des Volkes zuschieben. Diese Agitation im Verein mit den bestehenden zwangsläufigen Verhältnissen zeitigten bei den Wahlen am 6. und 20. Juni für unsere Gegner Erfolge, und hunderte Tausende von Wählern lehnten bei diesen Wahlen uns den Rücken und stießen den Parteien zu, die ihnen mehr versprochen, als wir ehrlicherweise glauben tun zu dürfen.

Durch solche Agitation gelang es insbesondere auch der der damals noch geeinten USPD. am 20. Juni 1920 große Scharen Berliner Arbeiter in ihr Lager herüberzuziehen und dadurch, daß diese Wahlen die Grundlage für den Aufbau und die Neuorganisation der Berliner Stadtverwaltung bildeten, eine überragende Stellung in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat wie in den Bezirksversammlungen und den Bezirksämtern zu erlangen.

Die kommenden Wahlen bieten die Möglichkeit, diese in den Verhältnissen nicht mehr begründete Stellung der USPD. zu erschüttern. Haben wir diese Möglichkeit zu begründen, so weisen wir doch jede Gemeinschaft mit der durch die D. Vp. erfolgten erfolgreichen Anfechtung der vorigen Wahlen weit von uns, denn diese Anfechtung ist erfolgt nur aus Feindschaft gegen das sozialistische Groß-Berlin und somit aus Erwägungen, die wir grundsätzlich und auf das schärfste bekämpfen.

Der Haß gegen das einheitliche Groß-Berlin
und speziell gegen das einheitliche sozialistische Groß-Berlin bildet eben das Band, das sich um alle bürgerliche Parteien schlingt, und wenn es auch zu dem formellen Zusammenschluß dieser Parteien zum vielbesprochenen Bürgerblock nicht kommen sollte, so wird doch das sozialistische Groß-Berlin von allen bürgerlichen Parteien in gleicher Weise berannt werden. Ihr Ziel ist die Vernichtung des einheitlichen sozialistischen Groß-Berlin und ihr Sieg würde das Ende der Politik bedeuten, die wir im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung unseres großen Gemeinwesens geführt haben.

Mit der gleichen Schroffheit wie die Rechtsparteien haben auch wir daher bei den kommenden Wahlen

schärfste Kampfstellung gegen rechts
zu nehmen, und es ist Pflicht aller Parteigenossen, auf das eifrigste Aufklärung über das gemeinschädliche Verhalten dieser Parteien im Roten Haus zu verbreiten und das Material, das hierzu rechtzeitig zur Verfügung stehen wird, fleißig zu benutzen. Unsere Aufgabe aber in diesem Wahlkampf muß es sein, die zahlreichen Kreise, die immer noch den Rechtsparteien nachlaufen, trotzdem sie ihrem Klasseninteresse nach zu uns gehören, zu uns herüberzuziehen.

Und ebenso wie von rechts haben wir auch von links her große Wählermassen zurückzugewinnen. Wir haben daher im Wahlkampf auch Front gegen links, gegen die Kommunisten wie gegen die USPD. zu nehmen. Soweit wir in Frage kommen, müßte dieser Kampf gegen links in rein sachlicher nicht gehässiger Form geführt werden. Ob von den unabhängigen und Kommunisten ebenso gehandelt werden wird, wollen wir abwarten. Ich persönlich habe nach allen bisherigen Erfahrungen daran die stärksten Zweifel, siehe aber auf dem Standpunkte, daß, selbst wenn meine Befürchtungen zutreffen, wir rein sachlich bleiben und alles vermeiden sollten, was den Bruchkampf unnötig vergiften könnte. Diese

strenge Sachlichkeit

Amsterdam für Rußland.

Die furchtbare Notlage, in die Hungersnot und Seuchen aller Art das russische Volk gebracht haben, veranlaßten den Internationalen Gewerkschaftsbund (Sig Amsterdam), die angeschlossenen Landesorganisationen zu einer Konferenz nach Berlin einzuladen.

Die Konferenz fand am 13. und 14. August statt und war besetzt von den gewerkschaftlichen Landeszentralen von Deutschland, Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Jugoslawien und Buzenburger. Entschuldigten fehlten Vertretungen von England, Österreich, Ungarn und Norwegen, deren Mandate zum Teil dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes übertragen worden waren.

Gegenstand der Beratungen war die außerordentlich gefährdete Lage weiter Kreise der Bevölkerung Rußlands, insbesondere der Arbeiter und Bauern und die Art, in welcher das internationale Proletariat, soweit es gewerkschaftlich organisiert ist, dem russischen Volk zu Hilfe kommen kann. Daß letzteres zu geschehen habe, obgleich die der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Gewerkschaften seit längerer Zeit sich der

erbittertesten Feindschaft der Moskauer Internationalen und ihrer Freunde in den übrigen Ländern zu erfreuen haben, darüber bestand in der Konferenz überhaupt kein Zweifel. Die der Amsterdamer Internationale angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen sind vom ersten Einsetzen der Notschicksale aus Rußland vielmehr der Auffassung gewesen, daß dem russischen Volk aus rein menschlichen wie aus Gründen der Solidarität geholfen werden müsse.

Am über die Form, in der dies zu geschehen habe, wie auch über das Maß der Hilfe selbst bestanden Meinungsverschiedenheiten, die verständlich sind, wenn man sich die Lage der europäischen Arbeiterschaft vergegenwärtigt.

Neben die Dinge in Deutschland zu berichten, erübrigt sich, da sie allgemein bekannt sind. Aber auch in den meisten anderen Ländern ist die Lage der Arbeiter eine sehr prekäre. In Dänemark und Schweden ist

ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten arbeitslos, ein weiteres Drittel leistet Kurzarbeit und die Vollbeschäftigten haben außerordentlich hohe Beiträge zu entrichten. Die Lage in den östlichen Randstaaten ist bedauerlich, daß der Gedanke, russische Kinder dort unterzubringen, kaum verwirklicht werden könnte. Aus Dänemark sind am 20.000 Eisenbahnwaggons mit Maschinen nach Rußland weggeführt worden, von denen erst 100 Waggons zurückgebracht worden sind. Außerdem sind während des Krieges 700.000 Seifensänder geflüchtet, die nun nach und nach zurückkehren und dadurch das Heer der Arbeitslosen noch weiter vergrößern.

In Jugoslawien ist eine Reihe von Gewerkschaften, die sich der 3. Internationale angeschlossen hatten, nach dem Attentat auf den Prinzenregenten aufgelöst worden. Die Arbeiterparteien der Tschechoslowakei aller Nationalitäten haben beschlossen, daß jeder Arbeiter

einen Stundenlohn in der Woche für das hungernde Rußland opfern soll.
Besonders zu erwähnen ist, daß aus den eingegangenen Korrespondenzen hervorzugehen scheint, daß die weitaus größte Menge der russischen Arbeiter und Bauern
sozialfeindlich, aber sozialistisch gesinnt ist.

darf natürlich in keiner Weise die Entschiedenheit beeinträchtigen, mit der wir den Berliner Arbeitern klar zu machen haben, daß, ganz abgesehen von der demütig zerstörenden Tätigkeit der Kommunisten auch nicht das duzendweise Stellen von Anträgen, deren Finanzierung man uns und anderen Parteien überläßt und an deren Durchführbarkeit man vielfach selber nicht glaubt, sondern lediglich die stetige organische, auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse ruhende Aufbauarbeit, wie sie von der SPD. im Reich, in den Ländern und Gemeinden gelebt wird, für die Arbeiter von Vorteil und Nutzen ist. Solche

Aufklärungsarbeit
hat im letzten Jahre bei allen Wahlen den Arbeitern schon die Augen geöffnet über den Unterschied zwischen unserer systematischen Tätigkeit im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung und der die Verantwortung vielfach scheuenden, innerlich unwahren Demonstrationspolitik unserer Gegner; sie hat die Partei innerlich gefestigt, nach außen groß und stark gemacht und wird und darf auch am 16. Oktober nicht versagen.

Durchaus zu verwerfen ist die Auffassung: wir könnten etwa durch Abschwächung des Kampfes gegen links irgend etwas Positives für die alsbaldige Einigung der Arbeiterklasse tun und damit etwas erreichen, was im Endziel wichtiger noch sei als ein großer Wahlerfolg. Nichts wäre verkehrter und falscher als dies. In diesem Saal sitzt sicherlich niemand, der nicht den Tag herbeisehnt, der

Aus einem Schreiben des russischen Roten Kreuzes geht hervor, daß Ueberführung von Chinin, Aspirin, Salvarsan, Cardiacum, Narcotica Sera und Gegenstände für den Laboratoriumsbedarf besonders wichtig ist und daß das russische Rote Kreuz die weitestgehende Unterstützung der russischen Regierung genießt. Es wird daher in erster Linie für die Ueberführung dieser Medikamente Sorge getragen werden. Außerdem wird ein Sanitätschiff mit Ärzten und Pflegepersonal abgehen.

Die Versorgung mit Lebensmitteln wird vor allem die Aufgabe Amerikas sein.

Folgende

Einschließung
wurde von der Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes angenommen:
Die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sig Amsterdam), die am 13. und 14. August in Berlin über die Hungersnot in Rußland beraten hat, erklärt ihr tiefstes Mitgefühl mit dem russischen und georgischen Volk, insbesondere mit der notleidenden Arbeiterschaft in beiden Ländern.

Die Konferenz nimmt Kenntnis von den spontanen Solidaritätskundgebungen und Aktionen, die die Arbeiterschaft der angeschlossenen Organisationen bereits in die Wege geleitet hat.

Sie beschließt, die schon im Gange befindlichen Sammlungen im Interesse ihrer sofortigen und wirksamen Verwendung zusammenzufassen, zu erweitern und zu zentralisieren, und bestimmt zu diesem Zweck das Folgende:

1. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird beauftragt, sofort einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen.

2. Die gewerkschaftlichen Landeszentralen aller Länder haben die Sammlungserträge der ihnen angeschlossenen Verbände und der sonstigen Organisationen, die sich an dem Hilfswert beteiligen, zu zentralisieren.

3. Die von den Landeszentralen zentralisierten Beträge werden in Gemäßheit der Anweisungen des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Verfügung gestellt.

4. Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund zentralisierten Fonds sollen, soweit möglich, zur sanitären Hilfeleistung und zur Beschaffung von Lebensmitteln verwendet werden.

Eine erste Expedition wird sofort organisiert und unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Rußland entsandt.

Eine Summe von einer Million Mark wird sofort aus den Mitteln des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereitgestellt. Die Landeszentralen werden ferner ersucht, Vorschläge zu diesem Zweck zu gewähren.

Mit dem Roten Kreuz wird unter Wahrung der Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Aktion auf technischem und organisatorischem Gebiet Verbindung hergestellt, um die Transportfrage zu lösen.

Die Landeszentralen sind außerdem verpflichtet, auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, um diese zur unerschütterlichen Hilfeleistung für das russische Volk zu bewegen.

Zur Befestigung dieser Beschlüsse erklärt die Internationale Gewerkschaftskonferenz, daß die unternommene Aktion durch ihre rein menschlichen Ziele und angelehnt der weltumfassenden Solidarität über allen politischen Meinungsverschiedenheiten steht. Sie ist ein proletarisches Wert, an dem die Arbeiter jeder Richtung teilzunehmen müssen — trotz der Schwierigkeiten und der schweren Lasten, welche auf die Arbeiterschaft aller Länder drücken.

die unselbige Parteispaltung
beendet, und Sie alle wissen, daß die Partei seit dem Bürgerkrieg Parteitag nicht müde geworden ist, bei jeder Gelegenheit ihren Wunsch und ihre Bereitwilligkeit zur Verständigung auszusprechen. Wenn es bisher dazu nicht gekommen ist, so ist das nicht unsere Schuld. Aber jetzt den Wahlkampf gegen die Unabhängigen nicht mit aller Entschiedenheit, sondern lauwärts, ihnen zu Liebe hier ein tischen und dort ein tischen von unseren Ueberzeugungen und Grundsätzen nachlassen, das wäre kein Schritt auf dem Wege zur Einigung der Arbeiterklasse, sondern das genaue Gegenteil. Es wäre ein Beginnen, über das die Unabhängigen sicherlich im geheimen, vielleicht ganz offen lachen und frohlocken würden.

Die Einigung wird und muß kommen;
sie wird um so sicherer und schneller kommen, je stärker und geschlossener die SPD. besteht.

Auf größere Leistungen im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung kann das sozialistische Groß-Berlin bisher kaum hinweisen. Wir, die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, dürfen aber für uns in Anspruch nehmen, bei jeder Gelegenheit

für die minderbemittelte Bevölkerung herausgeholt zu haben, was nach Lage der Dinge möglich war. Die furchtlichsten wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges haben selber auch in der Gemeinde unserem Streben auf Schritt und Tritt die schwersten Hindernisse entgegengesetzt.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß das eine kurze Jahr seit den letzten Wahlen nicht ein Jahr ruhiger Arbeit, sondern eine von heftigsten Erschütterungen erfüllte Zeit gewesen ist. Lassen Sie mich daher der Hoffnung Ausdruck geben, daß die kommenden Wahlen im Interesse der Rasse der Bevölkerung eine Zeit stetiger organischer Entwicklung einleiten mögen. Solche Entwicklung wird durch nichts mehr gefördert werden, als durch

eine sozialistische Mehrheit

in der Stadtverordnetenversammlung, die beherrscht und geführt wird von einer an Zahl und Kräften überragenden Sozialdemokratischen Fraktion.

Die Note des Obersten Rates an Deutschland.

Der Oberste Rat hat gestern Abend dem deutschen Geschäftsträger in Paris nachstehendes von Briand gezeichnetes Schreiben mit gestrigem Datum übersandt:

Herr Geschäftsträger!

In Anbetracht der Schwierigkeit, welche die Festsetzung einer Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien bietet, hat der Oberste Rat die Entscheidung, welche ihm in dieser Hinsicht gemäß Art. 88 des Vertrages von Versailles obliegt, vertagt.

Der Oberste Rat ist sicher, daß die Bevölkerung Oberschlesiens die Gewährung zu würdigen wissen wird, die ihn dazu geführt hat, eine überstärzte Lösung abzulehnen. Im übrigen wird nichts unterlassen werden, damit dieser Ausschub so kurz wie möglich ist. Der Oberste Rat rechnet fest darauf, daß die deutsche Regierung ihrerseits das deutsche Volk auffordern wird, bis zur endgültigen Entscheidung die größte Ruhe zu bewahren, und daß sie gleichzeitig ihren ganzen unmittelbaren und mittelbaren Einfluß auf die Bevölkerung Oberschlesiens ausüben wird, damit diese die Autorität der internationalen Kommission achtet. Der Oberste Rat lenkt insbesondere die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die schwere Verantwortung, die sie auf sich laden würde, wenn sie es unterlassen sollte, auf ihrem Gebiete, insbesondere an den Grenzen Oberschlesiens, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um jeden Versuch zu verhindern, der darauf abzielt, Unruhen in dem Abstammungsgebiet zu fördern, oder wenn sie nicht jede Zufuhr von Waffen und Munition und jeden Uebertritt von Banden oder Bewaffneten streng unterbindet.

Hierzu bemerkt M.T.B. offiziös: Die Note des Obersten Rates stellt leider fest, daß die Entscheidung über Oberschlesien erneut verschoben wird. Was die Ermahnung an die deutsche Regierung anbelangt, so ist diese bekanntlich stets bemerkt gewesen, die Ruhe in Oberschlesien zu wahren. Bedingt durch polnische Umtriebe und Gewalttaten ist die Ruhe in Oberschlesien gestört worden.

Näheres über die Schlusssitzung.

Paris, 14. August. (M.T.B.) Ueber die gestrige Nachmittags-Sitzung des Obersten Rates verbreitet Havas folgende ausführlichere Mitteilung:

Die Sitzung war durch die Besprechung der Befahrungskosten ausgefüllt. Die finanziellen Sachverständigen haben die Befahrungskosten als zu hoch erachtet. Lord Curzon erklärte, daß dieser Umstand der zu hohen Kopfstärke der Befahrungstruppen zuzuschreiben sei. Der Oberste Rat war jedoch insgesamt der Ansicht, daß es sich nicht um eine Frage der Mannschafstärke handele, sondern um den zu hohen Kostenfuß für jeden einzelnen Soldaten. Der italienische Finanzminister Soleri wies dann darauf hin, daß die Zivilkommissionen noch sehr kostspielig seien. Briand und Jaspard schlossen sich dieser Kritik an. Der Oberste Rat beschloß darauf, sowohl die Frage der Befahrungskosten pro Kopf als auch die der Zivilkommissionen durch einen Ausschub unterzuchen zu lassen, der bis zum 1. November bestimmte Vorschläge unterbreiten soll.

Die Besprechungen wandten sich dann den Sanktionen zu. Bouché gab eine Darstellung der Angelegenheit und erinnerte an die Erklärung vom 9. März d. J., nach der Voraussetzung für die Aufhebung der in Rede stehenden Zwangsmassnahmen die Ausführung der deutschen Verpflichtungen hinsichtlich

Ein derartiger Baherfolg würde nicht nur der wertvollen Bevölkerung Berlins Nutzen und Vorteil bringen, sondern darüber hinaus auch

die Entwicklung in Preußen und im Reich

erheblich beeinflussen, denn es liegt auf der Hand, daß, was hier im größten Gemeinwesen geschieht, Rückwirkungen, sei es zum Guten, sei es zum Schlechten, im Land und im Reich nach sich ziehen wird.

Ich bitte Sie daher, werthe Anwesende, den Einfluß, den Sie draußen bei den Massen haben, im Sinne meiner Ausführungen zu üben. Dann werden wir alle gute Arbeit für die Arbeiter Berlins und die allgemeine Entwicklung geleistet haben.

der Entwaffnung, der Reparationen und der Bestrafung der Kriegsschuldigen sei. Bouché wies darauf hin, daß, was die Entwaffnung anlangt, Verstöße vorgekommen seien, darunter namentlich die Rekrutierung in Oberschlesien. Bouché erinnerte auch an die partiellen Urteile des Reichsgerichts in Leipzig. In bezug auf die Reparationen machte er auf gewisse Schwierigkeiten aufmerksam, die Deutschland bei der vollständigen Ausführung des Friedensvertrags gemacht habe. Indessen erkannte er an, daß ein Anfang der Ausführung gemacht sei und daß die deutsche Regierung den guten Willen zu haben scheine, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Er schloß deshalb die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen vor unter der Bedingung: 1. daß die am 31. August fällige Verpflichtung, eine Milliarde Goldmark zu zahlen, ausgeführt wird, 2. daß die deutsche Regierung sich mit den zwischen ihr und der französischen Regierung besprochenen Maßnahmen einverstanden erklärt, durch die der systematischen Verweigerung der Einfuhrerlaubnis für alle Waren der Alliierten, die nach dem besetzten Gebiet gehen sollen, ein Ende gemacht werden soll. Die militärischen Sanktionen dagegen, schloß Bouché, müssen aufrechterhalten werden.

In seiner Antwort stellte Lord Curzon die Sanktionen von einer anderen Seite dar. Sie müßten nach ihm in vollem Umfang aufgehoben werden, da Deutschland das Ultimatum der Alliierten angenommen hat. Curzon versicherte, daß die Haltung Deutschlands hinsichtlich der Entwaffnung, der Reparationen und, da die Aburteilung tatsächlich stattgefunden hat, auch hinsichtlich der Kriegsschuldigen korrekt

gewesen sei. Die Sanktionen, fuhr er fort, seien eine kostspielige Angelegenheit. Sie reizten das deutsche Nationalgefühl. Schließlich müsse das Kabinett Wirth, das seinen guten Willen beweise, unterstützt werden. Endlich verlangte Curzon die schrittweise Zurückziehung der militärischen Sanktionen.

Darauf ergriff Briand das Wort. Er setzte auseinander, daß die französische Regierung keineswegs die militärische Befehung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg für unbestimmte Zeit aufrechtzuerhalten wünsche. Es sei im Gegenteil ihr Wunsch, sobald wie möglich die Befehungstruppen zurückzuziehen. Wenn die Umstände es erlaubt hätten, würde sie schon die Initiative dazu ergriffen haben. Zur Rechtfertigung des augenblicklichen Standpunktes der französischen Regierung erinnerte Briand daran, unter welchen Umständen die Sanktionen beschloffen wurden. Die Alliierten seien sich darüber klar gewesen, daß der Versailler Vertrag niemals durch Deutschland ausgeführt werde, wenn es nicht durch die Sanktionen dazu gezwungen werde. Als am 9. März 1921 in London dieser Beschluß erfolgte, habe der Oberste Rat in einer Resolution in aller Form erklärt: „daß die Sanktionen erst dann ein Ende nehmen würden, wenn sie zu einer befriedigenden, von den Alliierten akzeptierten Regelung der Reparationen, der Entwaffnung und der Bestrafung der Kriegsschuldigen geführt hätten.“ Dieser Wortlaut sei von Lord Georges eigener Hand korrigiert gewesen. Im Rat, als die Alliierten sich darüber klar geworden seien, daß Deutschland hartnäckig die Zahlung der Reparationen verweigerte, habe Frankreich die Verschärfung der Sanktionen durch Befehung des Ruhrgebietes vorgeschlagen. Es sei kein Zweifel, daß die deutsche öffentliche Meinung im ganzen genommen damals noch nicht begriffen habe, daß der Krieg von den Alliierten gewonnen sei. Es sei notwendig gewesen, die Stärke zu demonstrieren, um in der Frage der Reparationen die Ausführung der Bedingungen zu erlangen. Die Wirkung der Mobilmachung einer französischen Jahresklasse sei un-

mittelbar eingetreten. Das Kabinett sei zurückgetreten und durch Dr. Wirth ersetzt worden, der sich bemühte, die Verpflichtungen seiner Regierung ehlich zu erfüllen. Die energische Haltung Frankreichs und seiner Verbündeten habe also sofort ein günstiges Ergebnis gehabt. Nach Ansicht der französischen Regierung stellten die Sanktionen keinen Selbstzweck dar, und wenn die Ergebnisse, für die sie im März eingeleitet worden seien, erreicht wären, würde Frankreich selber die Aufhebung der militärischen sowie der wirtschaftlichen Sanktionen vorschlagen. Wenn in den letzten Tagen die Politik der deutschen Regierung sich geändert zu haben scheine (?), so sei das vielleicht geschehen, weil die Deutschen geglaubt hätten, daß zwischen den Alliierten nicht mehr derselbe Zusammenhang wie im März bestünde, als die Sanktionen durchgeführt wurden, oder wie im Mai, wo die Befehung des Ruhrgebietes einmütig ins Auge gefaßt wurde. Jedenfalls könnten die alliierten Regierungen

nicht vergessen, daß es in Deutschland Umsturzelemente gäbe.

Innerhalb 14 Tagen hätten die Deutschen eine Armee von 40 000 Mann, im Ueberfluß mit Kriegsmaterial ausgestattet, auf die Beine gebracht. Es bliebe also eine große Gefahr weiter bestehen; das Kabinett Wirth könne zugunsten eines reaktionären Kabinetts gestürzt werden. Dann würde die verfrühte Aufhebung der Sanktionen, weit entfernt davon, eine Entspannung herbeizuführen, zu einer Spannung in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland führen, und die alliierten Regierungen wären gegen den schlechten Willen der neuen Machthaber Deutschlands machtlos. Frankreich habe keine geheimnisvollen Hintergedanken. Seit zwei Jahren erwarte das französische Volk die gerechte Wiedergutmachung der Leiden, die der von Deutschland hervorgerufene Krieg ihm auferlegt habe. Frankreich habe eine ganze Jahresklasse mobil gemacht, ohne sich ihrer zu bedienen. Über das französische Volk, so ruhig und edelmütig es sei, würde es nicht verstehen, daß die deutsche Regierung einen Tag, nachdem die französischen Beamten in Leipzig beleidigt worden seien, die Aufhebung aller Sanktionen erreicht. Die französische Regierung schloge indessen angesichts der Tatsache, daß die deutsche Regierung sich in gewissem Maße bemüht habe, ihre Verpflichtungen zu halten, selbst die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen unter den von Bouché angeführten Bedingungen vor. Was die militärischen Sanktionen anbetreffe, so sei die Stunde für ihre Aufhebung noch nicht gekommen. Sie werde demnächst kommen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen in der Reparationsfrage nachkomme, und wenn es die Arbeit der Kommission, die mit der Ueberwachung seiner Entwaffnung beauftragt sei, erleichtere. Die Frage der Aufhebung der militärischen Sanktionen würde bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates wieder aufgenommen werden können.

Nach dieser Rede Briands beschloß der Oberste Rat, indem er sich Briands Ansicht angeschlossen, folgendes:

1. Die militärischen Sanktionen werden aufrechterhalten. 2. Die wirtschaftlichen Sanktionen werden aufgehoben. Ihre Aufhebung wird am 15. September in Kraft treten unter folgenden Bedingungen: a) die fällige Zahlung vom 31. August (eine Milliarde Goldmark) wird von Deutschland völlig beglichen, b) es wird eine alliierte Einrichtung ins Leben gerufen, um die Einfuhrbewilligungen für Erzeugnisse der alliierten Länder in dem besetzten Gebiete zu übermachen. Die Kommission in Koblenz wird ein Uebergangssystem einrichten, um die Intraffizierung der genannten Maßnahmen vorzubereiten. Bezüglich der in Deutschland arbeitenden Kontrollkommissionen kam der Oberste Rat dahin überein, daß diese Kommissionen aufrechterhalten bleiben. In Uebereinstimmung mit dem Vorschlag des Marschalls Foch ist indessen ihr schrittweiser Abbau ins Auge gefaßt. Der Sitz der Luftkontrollkommission wird durch das alliierte Militärkomitee in Versailles festgelegt werden.

Der Oberste Rat hat dann, bevor er sich trennte, auf den Vorschlag von Briand und mit warmer Billigung aller anderen Mitglieder des Rates folgende Resolution angenommen:

Bei Beendigung seiner Arbeiten legt der Oberste Rat Wert darauf, wiederum seinen Willen zu betonen, den engen Zusammenhang zwischen den Alliierten aufrechtzuerhalten, der, wie er glaubt, mehr denn je für den Frieden der Welt unerlässlich ist.

Zu Beginn der Sitzung hatte Bouché vor dem Obersten Rat über die Arbeiten der Internationalen Finanzkommission Bericht erstattet. Bei dieser Gelegenheit entspann sich eine Erörterung über die Frage der Kosten der Befehungsarmee. Der Oberste Rat nahm eine Resolution an, nach der die Reparationskommission die Vollmacht erhält, wenn ihre Mitglieder sich nicht einig werden, zu einem Schiedspruch zu greifen, wenn darüber und über die Wahl des Schiedsrichters Einstimmigkeit erzielt wird. Die Sitzung des Obersten Rates wurde darauf geschlossen.

Ein Bannfluch gegen die Nationalgalerie.

Unter dem Titel „Berliner Museumskrieg“ hat der Kunstschriftsteller Karl Scheffler vor kurzem eine Broschüre erscholen lassen, in der er heftige Angriffe gegen Ludwig Justi, den Leiter unserer Nationalgalerie, richtet. Auf diese „Bannflüche“ antwortet jetzt Justi in einer Schrift „Habemus papam“ („Wir haben einen Papst“). Er wendet sich namentlich gegen den Vorwurf, daß die Galerie unter seiner Leitung es veräumt habe, Kunstwerke moderner naturalistischer Meister rechtzeitig anzukaufen und daß sie gegenwärtig den neuesten Kunstrichtungen allzu eifrig entgegenkomme.

Wir geben aus Justis Schrift einige Stellen wieder, die mit ihren Mitteilungen über die Sammelarbeit der Nationalgalerie vor und nach der Revolution von allgemeinem Interesse sind. Justi verteidigt sich gegen die Kritik, nach der ganze Perioden von Liebermann der Galerie fehlen und sie von Corinth und Steinert nicht entfernt ein zureichendes Bild gibt. Die entscheidenden Verschümmelungen, so schreibt er, sind hier gerade zu Schubis (Justis Vorgänger) Zeit geschehen; wäre Schubis frei gewesen, dann hätte er natürlich das Richtige getan, er durfte aber nicht. Jetzt, nach dem Wegfallen der kaiserlichen Kontrolle, ist es sehr schwer, das damals Verschümmelte nachzuholen. Werte z. B. aus den fehlenden Perioden Liebermanns kommen kaum auf den Markt und dann zu Preisen, die unser verarmter Staat nicht aufbringen kann. Die Kapitalisten sind meist verdrängt, haben vielfach keine rechte Sympathie für den neuen Staat. . . . Schubis Sammelarbeit für moderne Kunst wurde durch den kaiserlichen Eingriff 18 Jahre hindurch gelähmt. Was er unter dem Druck des Kaisers oder der Bundesratskommission an neueren Werken anzufischen mußte, war meist unbedeutend oder sogar bauernlich, ist auch zum großen Teil wieder enfernt.

Nach die Förderung, jetzt Bilder von Delacroix, Ingres, Corot usw. zu kaufen, erklärt Justi für heute unmöglich zu erfüllen, da solche „Saluta-Meister“ für die Mittel der Galerie nicht zu haben sind. Der gegebene Ausweg, so fährt er fort, ist es, das Fokende einzuweisen durch Leihgaben zu zeigen, und es verteidigt sich gegen den Vorwurf zu großer „Hast“ in dieser Richtung, ebenso wie beim Kaufe von Bildern und Skulpturen junger „Mittlungsstücker“. Immerhin waren insolge solcher Hast diese Dinge nach recht billig, heute schon wäre es der Galerie kaum mehr möglich, ähnliches wie das damals Erworbene zu kaufen. Sodas wichtige Frühlingsausstellung hat 2500 M. gekostet. Und Hadel, Richter, Kolschka und Barlach sind keine Mittlungsstücker, sondern persönliche Talente. Gewiß wird man in zehn Jahren anderes suchen, die Entwicklung Haddes oder Ro-

schlos steht vor Augen. Der Leiter der Galerie wird sich aber von solchen Wandlungen nicht im Urteil über den Wert älterer Schöpfungen irren lassen, so wenig wie er sich jetzt in der Bewertung Monets oder Liebermanns durch jüngere Anschauungen betren lassen darf.

Justis erfolgreiche Bemühungen, den Besuch der Nationalgalerie durch wechselnde Ausstellungen usw. zu heben, erscheinen Herrn Scheffler ebenso anstößig, wie dem privaten Kunsthandlertum, das durch diese Ausstellungen seine Profite bedroht sieht. Papst Scheffler ist überhaupt gegen jede Popularisierung der Kunst: „Daß sich die Besucher im Kronprinzenpalais drängen“, sagt er, „beweist vielleicht nur etwas gegen die dort wechselnd ausgestellten Bilder. Diese Bilder müssen doch wohl notwendig trivial und akademisch sein, wenn sie der Menge wirklich gefallen.“

Gegen derartig hochmütige Ueberhebungen sich zu verteidigen, hätte Justi nicht nötig gehabt. Er tut es trotzdem in seiner Broschüre, und er wird in dieser wie in den anderen von Scheffler ausgepflückten Fragen alle vorurteillos, modern und demokratisch Denkenden auf seiner Seite haben.

Vollstühner: „Der Opernbau“. Je mehr neue und sozusagen moderne Operetten geschrieben werden, um so mehr freut man sich der alten. Die Kapriolen der Fische, Bäume und Schulkarten, die Sargonwige und das Kalauerium, die heute Text und Musik den Ansprüchen geben, all der kühlerische Kitzel für Sinne und Zehenspigen ist in der Operette vor 20 Jahren durch Musik, Walzer, Organe ersetzt. Wie reizvoll an musikalischen Einzelnummern, wie gezagt in Milieu und Libretto, wie zart im Gerant von Mazurka und Walzer wirkt doch heute der Heubergersche „Opernbau“! Die lustigen Weiber von Orleans, die ihre lebendigen Männer in Rosa-Domino auf die Probe stellen — wie harmlos ist das, aber wie munter und zeitlos! Da hat Morris nach dem etwas gelehrten Griff zur „Liebeslei“, die ihm das Haus leerte, einen praktisch-klugen Griff getan.

In kurzen Proben ist eine Aufführung zuzwege gebracht, die wiederum, wenn von der mangelnden Grazie einer etwas ängstlichen Frau und einem kleinen männlichen Schreihals abgesehen wird, als vorzüglich bezeichnet werden kann. Das ist an erster Stelle dem schwingvollen, distrieten und im Walzer auslebenden Kapellmeister Gottlieb und dem prächtig spielenden Blüthner-Orchester zu danken. Von den Damen hat allein Friebele Schwarzgang die prickelnde Laune und den Fiedermaus-Schiff des Stubeumabels, das alle kleinen Schicksale an dünnem Fräulein hält. Ihr Partner, der „Kabett“, hätte durch eine feste Soubrrette ersetzt sein können. Zador und Polimann, beide zu höherem geschossen, fügen sich mit leichter Mühe in ein Ensemble, in dem Fräulein Schewüller als gesangsvoll, Julius Sachs als witzig auffällt.

Es ist zu wünschen, und gerade den Mitgliedern der Volksbühne anzuraten, daß sie sich zu dieser vornehmen und echten Werke der Operettensliteratur älterer Tage drängen. Ein froher, schöner Abend ist ihnen gewiß.

Hilfsexpedition nach Rußland. Als Leiter der Hilfsexpedition des deutschen Roten Kreuzes, die demnächst Stellung auf einem nach Petersburg bestimmten Schiff verlassen wird, ist der bekannte Hygieniker Prof. Peter Wührens in Hamburg gewonnen. Wührens hat sich den Ruf einer maßgebenden Autorität auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung erworben. Er wird bei der ersten Anrede von anerkannten Bakteriologen und Hygienikern nebst einem Stab von Hilfspersonal begleitet werden.

Der tragische Mark Twain. Aus dem Nachlaß des amerikanischen Humoristen gibt der Insel-Verlag ein Werk heraus, das den clownartigen Spähmacher von einer ganz neuen Seite zeigt. Es führt den Titel „Der geheimnisvolle Fremde“ und ist das pessimistische Bekenntnis eines enttäuschten Idealisten, das in der vollständigen Leugnung aller idealen Werte, alles Lebenssinnes und Lebenszweckes gipfelt.

Die Geschichte spielt in einem kleinen österreichischen Dorf im Jahre 1500. Ein paar Knaben sind die Helden und ihre kindischen Spiele das einzig Reale in dieser Welt, in der das wahre Glück nur in Wahnsinn oder Tod bestehen kann. Zu den Kindern gefeßt sich ein wunderbarer Fremder, ein schöner Jüngling, der sich Satan nennt und ein Engel ist, alle möglichen Wunder tut und in Vergangenhait wie Gegenwart die Nichtigkeit und Erbärmlichkeit der Weltgeschichte und des Menschenschicksals aufweist. In einem düstermythischen Wollenflor leben die nachdenklich schaurigen Geschehnisse des Buches an uns vorüber. Die Weltgeschichte erscheint als eine Häufung graufiger und zielloser Dinge. Die Schauer des Weltkrieges sind hier erbarmungslos dargestellt, lange bevor die Welt sie am eigenen Leibe erlebte. Und schließlich bleibt nur die furchtbare Erkenntnis, daß es kein Jenseits gibt und eigentlich auch kein Diesseits, daß alles ein Traum ist. „Gott, Menschen, die Welt, die Sonne, der Mond, das Gemirde der Sterne — alles ein Traum“, verkündet Satan dem Knaben.

Mark Twain wollte in diesem Buch sein letztes Bekenntnis geben, wie er an einen Freund schrieb, „ein Buch, das auf seines Menschen Gesichte, Vorurteile, Meinungen, Glauben, Hoffnungen Rücksicht nehmen sollte, ein Buch, das sagt, was ich zu sagen habe, aus meinem innersten Herzen heraus. Ich wollte damit sagen, was ich vom Menschen halte, was für ein schäbiges, ärmliches, lächerliches Ding er ist, und wie er sich in der Wertung seines Charakters, seiner Kräfte und Eigenschaften und seiner Stellung unter den Tieren täuscht.“

Mark Twain hat das Buch bereits im Jahre 1897 begonnen, aber nicht gewagt, es bei seinen Lebzeiten zu veröffentlichen. Es scheint, als wenn er es nicht über sich brachte, der Offenheit sein wahres Anlich zu zeigen. So spricht er erst jetzt aus dem Grobe zu uns als der tragische Clown, dessen Wesen und Wert durch diesen düsteren Hintergrund ein neues und heiseres Ansehen erhält.

„Nächtliches Künstlerbrot.“ Unter diesem Namen hat die neue Direction Galleen-Gottow, die am 1. September im Theater in der Kommandantstraße ihre Tätigkeit beginnt, die bekannten schillernden Schauspieler zu einem Ensemble vereinigt, um die eigenartige Kunst dieser Darsteller in Berlin zu zeigen.

Aufhebung der Sondergerichte.

Der Reichsjustizminister hat das außerordentliche Gericht in Halle zum 15. August aufgehoben. Damit ist die Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte, die nach dem Märzaufruf in Mitteldeutschland durch einen Erlass des Reichspräsidenten am 29. März 1921 eingesetzt worden waren, vollständig beendet.

Die Gehaltsforderungen der Beamten.

Zu dem Bericht über Verhandlungen zwischen den Arbeitergewerkschaften und dem Deutschen Beamten-Bund, die angeblich wegen der Höhe der von den Beamtenvertretern vorgeschlagenen Gehaltsforderungen gescheitert sind, schreibt uns der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Damit aus diesen Mitteilungen keine falschen Schlüsse gezogen werden, müssen wir erklären, daß eine Vertretung des ADGB an den erwähnten Verhandlungen nicht beteiligt war und daß dieser zu der Höhe der notwendigen Forderungen überhaupt noch keine endgültige Stellung genommen hat.

Verichtigung. In dem gestrigen Artikel „Zum Lohnsteuergesetz“ sind in dem zweiten der angeführten Beispiele für das Kind nicht 15 M., sondern 36 M. abzusetzen. Der Restbetrag beträgt demnach nicht 287 M., sondern 266 M., und die Steuer nicht 28,70 M., sondern 26,60 M., so daß endgültig nur 13,20 M. (nicht 20,30 M.) einzubehalten sind.

Groß-Berlin

Der Magistrat als Wohnungsvermieter.

Die „Deutsche Zeitung“ brachte in ihrem „unpolitischen Teil“ in der Abendausgabe vom 10. August 1921 einen Artikel, der sich mit Mißständen in den Barackenwohnungen in Berlin-Adlershof beschäftigt und letzten Endes den Magistrat Berlin für diese Verhältnisse verantwortlich macht. Vom Admissionsausschuß der vereinigten Mieterausschüsse der Mietwohnungen des Magistrats Berlin wird uns hierzu folgende Erwiderung gesandt:

Es muß anerkannt werden, daß die Mieter von den Barackenwohnungen Adlershof sehr unter den Mißständen der verhältnismäßig teuren Wohnungen leiden. Wenn aber dafür der sozialistische Magistrat verantwortlich gemacht wird, heißt das, die Lasten auf den Kopf stellen! Die Mieter, die seit Jahr und Tag mit uns auf einem Boden gestanden haben und sich von ihrem Mieterausschuß ins Schlepptau haben nehmen lassen, hätten schon längst Verbesserungen und Entgegenkommen finden können, wenn sie unsere Organisationsleitung besser unterstützt hätten, speziell zu Zeiten, als ihr Ausschußmitglied und Vorsitzender unseren aus den Verhältnissen heraus geschaffenen Zusammenschluß selbst geleitet hat. Wenn man aber abseits unseres rein wirtschaftlichen Zusammenschlusses steht, die Verhandlungen ungeschicklich über die Köpfe der engeren Ausschußmitglieder hinweg führt, so braucht niemand der Mieter enttäuscht zu sein, wenn er von seinem Ausschuß aufs Blattis geführt wird. Es ist bedauerlich, wenn man solche Fehler rügen muß, aber mit Rechts- und Linksobskurismus läßt sich eben keine Organisation sachgemäß aufbauen, denn dazu gehört immerhin wenigstens gewerkschaftliche Schulung und Disziplin. An allen schlechten Ausführungen der Baracken und ungeschicklichen Ausbauten, an allen Mängeln überhaupt, trägt die Hauptlast der alte Wohnungsverband und nicht sein Rechtsnachfolger, die Stadt Berlin. Wie der Wohnungsverband zusammengesetzt war, das weiß wohl jedes Berliner Kind, und es zeugt von wenig Kenntnis und Urteilsfähigkeit des Kritikerschreibers, wenn er am Schluß seines Aufsatzes sagt: „Wenn das ein Berliner Hauswiel macht!“

Wir geben den Mietern den Rat, sich bei ihrem ehemaligen Hausbesitzer, dem Wohnungsverband Groß-Berlin, für diese Zustände zu bedanken, und nicht zuletzt bei ihrem eigenen Mietervereinsvorsitzenden, der vor Rechtsobskurismus schäumt und sich jetzt als Wortführer von Handwerkern, kleinen Beamten und Arbeitern fähig und ausgeredet hat an die „Deutsche Zeitung“ wendet, um seinen schon vor 1/2 Jahr verfallenen Schmuh über den sozialistischen Magistrat auszugießen (da wir seinerzeit diesen Artikel kannten und nicht gutgeheßen haben). Wir waren diesen Herren nicht radikal genug, und da sie jetzt allein noch viel weniger erreichen, wenden sie sich mit Verdrehungen der Tatsachen und des Uebeltäters an die Öffentlichkeit.

Der Wohnungsverband hat in eigenartiger Weise für seine Mieter gesorgt. Wenn das erst einmal die Mieter von Adlershof begriffen haben, dann ist auch der Kritikerschreiber endlich als Fürsprecher von Arbeitern, Handwerkern und kleinen Beamten erledigt.

Arbeiterjäger für das hungernde Rußland.

Der Gauvorstand des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, Gau Berlin, ersucht uns unter Bezugnahme auf die Notiz „Arbeiterjäger für das hungernde Rußland“ um den Hinweis, daß seitens der Bezirk des Gaus mit ihren Rassenchören öffentliche Konzerte für Rußland in Vorbereitung sind. Wir ersuchen die Vereinsteilungen, nicht durch Einzelaktionen diese zu beeinträchtigen und die Bekanntgabe der Bezirksleistungen, resp. den im nächsten Mitteilungsblatt erfolgenden Aufruf abzuwarten. Auch im Interesse einer genaueren Kontrolle über Anwendung und Verbleib der Beiträge erscheint uns dies notwendig.

Eine geheimnisvolle Wohnung.

Trotz aller Wohnungsnot erlebt man es in Berlin immer wieder, daß noch Wohnungen unbenutzt bleiben. Solch ein Quartier, das offenbar seit langem nicht mehr benutzt wird, gibt es im Hause Raunpstr. 88 im 2. Stockwerk des Seitenflügels. Neugierige zerbrechen sich den Kopf darüber, warum in der aus zwei Stuben und Küche bestehenden Wohnung niemals ein Mensch zu sehen ist. Gleich einem verunreinigten Schloß präsentiert sie sich mit ihren verstaubten Fenstern, durch die man kaum noch die dahinter hängenden Gardinen erkennen kann. Als vor mehreren Wochen die Hauswand gestrichen wurde, taten die eifrig arbeitenden Maler ein übriges, mit der umherfliegenden Farbe die Fensterscheiben noch mehr zu verschmutzen. Aber nach Beendigung der Anstricharbeiten ließ in der geheimnisvollen Wohnung keine sorgfältige Hausfrau sich blicken, um die dicken Farbenspritzer zu beseitigen. Begreiflicherweise hat diese Wohnung allmählich die Aufmerksamkeit von Leuten erregt, die auf der Wohnungssuche sind. Anfragende erhalten aber die Auskunft, die Wohnung sei vermietet. Das mag richtig sein, wenigstens stehen Möbel darin. Doch steht man in ihr, wie gesagt, niemals einen Menschen. Der Mieter soll das Quartier im April 1919 gemietet, es aber niemals wirklich benutzt haben. Vielleicht kümmert sich einmal das Wohnungsamt um die Sache und weist dem Wirt einen Mieter zu, der die Wohnung auch benutzt.

Im Stuhl erschossen wurde gestern Abend der 21 Jahre alte Kaufmann Heinrich Russo aus der Copernicusstraße 3 zu Panitzsch. Er erlitt von seinem Gegner, dessen Persönlichkeit noch festzustellen ist, einen tödlichen Schlag in den Unterleib, der ihn nach dem Krankentransport am Leben gebracht werden mußte. Dort starb er schon bald nach der Aufnahme. Der Täter wurde festgenommen und zunächst nach der Reiterwache gebracht.

Die Berliner Parteiorganisation.

Der Bezirkstag des Bezirksverbandes Berlin der SPD. wurde am gestrigen Sonntag beendet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Genosse Rieffahl, daß er sich am vorigen Sonntag insofern geirrt habe, als nicht Ehrhardt, sondern v. Loewenfeld zum Fregatkapitän befördert und zum Kommandanten der Schiffsstammdivision der Ostsee ernannt worden ist. (Offiziersstammdivision Nr. 72 vom 27. März 1921.)

Der Bezirkssekretär Genosse Fischer gab den Bericht des Bezirksvorstandes.

Die Umstellung der Organisation, wie sie im vorigen Jahre geschaffen wurde, hat sich durchaus bewährt. Es empfiehlt sich daher nicht, schon jetzt wieder Statutenänderungen, wie sie verschiedentlich beantragt sind, vorzunehmen, sondern sie zunächst zurückzustellen, bis weitere Erfahrungen gesammelt sind.

Die Mitgliederzahl beträgt nach den vorrechneten Marken 53 126, darunter 10 576 Frauen. Der Kassierung der Mitgliederbeiträge muß erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es ist zu wünschen, daß zum mindesten die Restbeiträge durch Hauskassierung heringebracht werden. Die Abgabe der Landkreise an den Bezirksverband Brandenburg wird sich in der Verminderung der Mitgliederzahl um 6000 bemerkbar machen. In allen Abteilungen muß die regste Agitation entfaltet werden, und gerade

die Kleinarbeit,

die dazu nötig ist, erfordert außerordentlich viel Verleugnung.

Ein großer Teil der Beamten, die nach dem 9. November zu uns gekommen sind, ist wieder zum Indifferentismus zurückgekehrt. Der Verwaltungsapparat ist daher auch nicht so umgewandelt, wie aufrichtige Republikaner es wünschen müssen. Die Partei hat alles getan, um die treugebliebenen Beamten zu unterstützen. Die beste Arbeit nach dieser Richtung kann aber nur von den Beamten selbst geleistet werden, so wie es die Arbeiterschaft in jahrzehntelangen Kämpfen getan hat.

Die zentrale Referentenvermittlung hat Zeit und Arbeit erspart. Wo eine Veranlassung vorliegt, hat es meist am Referenten gelegen. Es ist beabsichtigt, den Genossen diejenigen Referenten beauftragt, die ihre Zusagen nicht einhalten. Sie werden alsdann von der Referentenliste gestrichen werden.

Wenn der „Vorwärts“ nicht pünktlich geliefert wird, hat die ganze „Vorwärts“-Agitation gar keinen Wert. Es soll nun in letzter Zeit nach der Mitteilung des Berichts besser geworden sein. Wo noch Anlauf zu Beschwerden vorliegt, sollten die Parteigenossen dem Verlag unter Benützung der bei den Abteilungen erhältlichen vorgelegten Karten davon Mitteilung machen.

Die SPD. ist eine achtungsgebietende Macht

geworden, an der niemand vorbeigehen kann.

Genosse Pagels erläuterte den

Kassenbericht.

der den Genossen seit Monaten gedruckt vorliegt. Die mehrfach vorgenommenen Änderungen der Beitragsmarken haben sowohl in den Abteilungen als auch im Sekretariat viel Arbeit verursacht. Ein Teil der Sammelstellen, die bei den Wahlen ausgegeben wurden, ist leider nicht abgerechnet worden. Trotz des vorhandenen Kassenbestandes ist zu bedenken, daß wir

vor neuen Wahlen

stehen und daß noch Rückstände, die von den früheren Wahlen vorhanden sind, bezahlt werden müssen. Trotz der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw. wird es in jeder Abteilung möglich sein, freiwillige Beitragsmarken umzusetzen. Die Abteilungen müssen versuchen, mit dem ihnen zustehenden Drittel auszukommen. Die Reorganisation hat eine wesentliche Verbesserung der Kassenverhältnisse mit sich gebracht und es muß angestrebt werden, die kleinen Unübersichten zu beseitigen. Es muß Aufgabe der Abteilungen sein, eine rege Agitationstätigkeit und durchgreifende Kassierung zu organisieren.

Ein großer Teil der Erwerbslosen und Kranken hat von den Erwerbslosenmarken keinen Gebrauch gemacht. (Zustimmung.) Durch die vollständig unentgeltliche Abgabe der Erwerbslosenmarken haben sich Mängel in der Verwaltung gezeigt, die sich dadurch, daß für jede Erwerbslosenmarke eine Anerkennungsgebühr von 10 Pf. pro Monatsmarke zu zahlen ist, beheben lassen.

Die Sonderzuwendungen an die Jugendlichen

müssen unterbleiben. Alle Anträge, die Bewandlungen mit sich bringen, müssen von den Abteilungen sehr vorsichtig behandelt werden. Diese Mängel müssen beseitigt werden, wenn unsere Organisation schlagkräftig bleiben soll.

Genosse Sellin bestätigte als Revisor die Ausführungen des Genossen Pagels und beantragt die Entlastung.

Auf Antrag Hamburger wird sofort in

die Wahl der Vorstandsmitglieder usw.

eingetreten.

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Franz Krüger, 2. Vorsitzender: Emil Lehmann, 3. Vorsitzender: Kurt Heintz, 1. Schriftführer: Genossin Scholz, 2. Schriftführer: Heinrich Umlauf, Revisoren: Kunze, Jakob, Sellin, Regel, Dillner, Rieemann, Vertreterinnen der Frauen: Genossinnen Agnes, Hoppe und Scheibenhuber, Mitglieder der Pressekommission: Draemer, Frihe, Schwanz, Marau, Henne, Lorenzen, Fiedler, Zehlin, Genossin Bohm-Schuch, Karg, Günther, Hamburger, Dehert, Dr. Bendiner, Zieherl, Als Ersatzleute: Dittmer, Korach, Binte, Schuldig und Birnbaum.

Genosse Krüger stellte als Willen der Versammlung fest, daß die Geschäftsstelle für den Fall, daß der Parteitag die Erhöhung der Mitgliederzahl der Pressekommission auf 20 beschließt, in die Pressekommission eintreten.

Mitglieder des Bezirksbildungsausschusses: Richard Weimann, Max Kreuziger, A. Albrecht, Emmi Stod, Fritz Schmolinski, Hedwig Wachenheim, Herm. Leidner, Otto Jacobs, Max Fromm.

Bezirksvorstand des Vereines Arbeiterjugend: Tim, Berg, Meyer, Dillenbauer, Gertrud Kutschke, Frau Hansen.

Der Bezirkstag billigt die Entsendung der Genossinnen Bader, Scheibenhuber und Rißing zur Frauentagung in Götting.

Genosse Fischer teilte mit, daß der Bezirkstag von 340 Delegierten besucht ist.

In der Diskussion

sprach zunächst Genosse Sellin zur Änderung der Satzungen und begründet eine Anzahl diesbezüglicher Anträge des Reiches Charlottenburg.

Genosse Heintz: Die zunehmenden

Gegensätze im jetzigen Reichskabinett

werden von den Parteigenossen zu wenig beachtet. Der „Berliner Vorwärts“ hat eine Aufstellung gelehrt, wie die beabsichtigten Besteuerungen angeht. Der „Vorwärts“ hat heute nachgewiesen, daß demnach diese Steuern aus den Erträgen abgedeckt werden können, die Vermögenssubstanz ist noch gar nicht angegriffen worden. Dem Bezirksvorstand Berlin

mache ich den Vorwurf, daß er zu den neuen Steuerforderungen noch nicht Stellung genommen hat. Die Vorschläge des Genossen Schmidt im Reichskabinett geben noch bei weitem nicht weit genug. Wir können unsere Genossen nicht mehr im Reichskabinett belassen, wenn es nicht gelingt, den Beschluß zur Erfüllung der sich aus dem Ultimatum ergebenden Belastung heranzuziehen.

Zum Bruderkampf ist zu bemerken, daß es gar nicht möglich ist, alle Angriffe der Unabhängigen stillschweigend zu übergehen. Wir müssen uns auch dagegen wenden, daß unsere Berliner Parteimaschine Politik gegen den Willen der Genossen macht. Es war zweifellos Willen des Bezirkstages, daß der Programmrat durch den Parteitag an die Kommission zurückverwiesen wird. Diesen Willen hat der Vorstand nicht zur Geltung kommen lassen. (Beifall.)

Genosse Lehmann wendet sich gegen die Vorwürfe, die Genosse Heintz gegen den Bezirksvorstand erhoben hatte.

Genosse Stenzel kritisiert die Mängel in der Lieferung des „Vorwärts“.

Genosse Seefelder fordert, daß die Kreise in anderer Weise als bisher finanziert werden.

Genosse Vornann: Es ist unmöglich, die Menge von Anträgen, die ein Delegierter bei Beginn der Versammlung erhält, so zu studieren, wie es notwendig wäre. Wir beantragen daher, daß den Delegierten die gedruckten Anträge 8 Tage vorher zugestellt werden.

Genosse Löwenthal bespricht die Haltung der Partei zur Feier des 9. November. Es wäre auch sehr gut gewesen, wenn eine Kundgebung gegen die Teuerung veranstaltet worden wäre. Redner bittet die Anträge anzunehmen, die sich gegen die Brotverleuerung richten und gegen die Teilnahme der Partei an Kundgebungen mit nationalistischen Parteien.

Genosse Seweder: Bei den Verwaltungskosten des Bezirksverbandes muß gespart werden. Die Partei sollte sich gegen das neue Steuerbudget wenden. Redner warnt davor, daß das Sekretariat als 50. Kreis bezeichnet wird.

Genosse Stiebler: Es ist Tatsache, daß in der Partei eine gewisse Lauheit herrscht, aber diese Lauheit würde steigen, wenn unsere Genossen im Reichstag

der neuen Steuerordnung

reflexlos zustimmen würden. Redner beweist an einem Beispiel, wie die Agitation in der Schupo erschwert wird. Es besteht z. B. ein Erlass, wonach die Beamten der Schupo sich kirchlich trauen lassen müssen, wenn sie ihre Beamtenqualität behalten wollen. Es sollte dem Genossen Richter möglich sein, diesen reaktionären Erlass, der auch mit der Verfassung im Widerspruch steht, aufzuheben. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Im Schlußwort ging Genosse Fischer auf die Ausführungen des Genossen Heintz ein und wünscht, daß er, nachdem er zum dritten Vorsitzenden gewählt ist, im nächsten Jahre, wenn er Rechenschaft über seine Tätigkeit ablegen muß, denselben Beifall erhält wie heute und vorigen Sonntag. Er bittet nochmals alle Anträge, die auf eine Änderung der Statuten hinzielen, abzulehnen.

Die Frage des 9. November

ist entschieden. Auf alle Fälle bereiten wir diesen Tag so vor, daß vormittags Versammlungen und abends Feiern stattfinden. Wenn die Anträge 8 Tage vorher den Delegierten zugestellt werden sollen, müssen sie mindestens 4 Wochen vorher dem Sekretariat eingereicht werden. Die Verwaltungskosten sind nicht zu hoch, wenn man die allgemeine Preissteigerung berücksichtigt.

Genosse Pagels wandte sich in seinem Schlußwort gegen die Ausführungen einzelner Diskussionsredner, die sich auf Kassenverhältnisse bezogen.

Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt war, wurde über die gedruckt vorliegenden Anträge abgestimmt. Einstimmige Annahme fand der folgende Antrag:

„Der Bezirkstag hat mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß die bisher vom Reichsfinanzministerium vorgelegten Vermögenssteuern in keiner Weise die Vermögenswerte selbst erfassen, sondern aus dem Ertrag des Kapitals gedeckt werden können. Er erklart in einer solchen Schöpfung des Kapitalvermögens den Versuch, den Beschluß von der Erfüllung des Ultimatus zu befreien und die ganze Last der Steuern dem Proletariat aufzuerlegen.“

Der Bezirkstag fordert, daß der Bezirksvorstand sich bei der Reichstagsfraktion entschuldigen darf, die Goldwerte durch eine wirkliche Vermögensbesteuerung nach den Vorschlägen des Genossen Robert Schmidt zu erfassen, wodurch eine unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Erträgen der Produktion gesichert wird.“

Ein Antrag, der verlangt, daß alle gedruckt dem Bezirkstag vorgelegten Anträge in Zukunft den Delegierten acht Tage vor dem Bezirkstag bekanntzugeben sind, wird angenommen.

Nachdem referierte Genosse Heimann über die kommenden Stadtverordnetenwahlen. Seine Ausführungen finden unsere Leser als Leitartikel.

Genosse Krüger teilte mit, daß am Freitag, den 19. d. M. eine Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes unter Hinzuziehung der Abteilungsleiter und eines weiteren Vertreters jeder Abteilung stattfinden soll. Das Protokoll wird im „Vorwärts“ bekanntgegeben.

In der Diskussion über das Referat des Genossen Heimann sprachen die Genossen Kemmich und Brolat über die Besetzung der Schulratsposten und schlugen vor, diese Frage in der Konferenz am Freitag zu behandeln. Der Bezirkstag beschloß nach weiteren Ausführungen der Genossen Krüger und Ostrowski, diese Frage und auch die des Outsarbeiterstreits in der Konferenz am Freitag zu behandeln.

Schließlich wurde noch ein Antrag Kiehlreiter angenommen, der die Stadtverordnetenfraktion beauftragt, dem Bezirksvorstand Material für den Wahlkampf zu überweisen, das dann in geeigneter Form veröffentlicht werden soll.

Dresden zum Programmwurf.

Eine Kreiskonferenz des 4. sächsischen Unterbezirks (Dresden-Neustadt, Stadt und Land) nahm nach einem Referat des Genossen Robert Gröhsch, der den Entwurf einer scharfen Kritik unterzog, folgenden Antrag an.

Der Parteitag möge beschließen:

Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist als unzulässig abzulehnen.

Am Tage vorher hatte sich eine Mitgliederversammlung des 5. Unterbezirks (Dresden-Mittstadt) mit dem Programmwurf beschäftigt und folgende, von Wolfgang Schumann und Edgar Hahnwald eingebrachte Entschärfung angenommen:

„Der fünfte Unterbezirk Dresden lehnt den vom Parteivorstand veröffentlichten Entwurf zu einem Parteiprogramm als gänzlich unzulässig ab. Er ist zufolge seiner Unklarheit, Unschärfe und Schwächlichkeit als Grundlage für weitere Erörterungen ungeeignet und entspricht nicht den sozialistischen Bestimmungen und Bestrebungen, die die sozialdemokratischen Massen beherrschen. Der Bezirk fordert darum, daß der Parteitag die Zusammenfassung der Programmkommission ändert, indem er entschiedene Vertreter der entscheidenden Sozialisierungsgegenden in diese entsendet.“

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftliche Jugendkonferenz.

Auf den 18. und 19. August hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eine Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendbewegung nach Cassel einberufen, für die folgende Tagesordnung vorgesehen ist: 1. Methoden der gewerkschaftlichen Jugendbewegung. 2. Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen. 3. Bildungsfragen. 4. Das Verhältnis zur politischen Jugendbewegung. 5. Zentrales und lokales Zusammenarbeiten der gewerkschaftlichen Jugendabteilungen.

Eine solche Konferenz tritt zum ersten Male zusammen, nachdem die grundsätzliche Richtung der gewerkschaftlichen Jugendpflege bereits der 6. Gewerkschaftstongress im Jahre 1908 zu Hamburg festgelegt hat. Die damals angenommene Resolution des Genossen Robert Schmidt stellt die Förderung von Bildungsbestrebungen, insbesondere zur Ermöglichung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zur gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit, daneben aber auch Veranstaltungen zur Unterhaltung und Befähigung, Sport und Spiel mit in den Aufgabekreis der Gewerkschaften.

Diese Resolution, gemäß der bisher in der gewerkschaftlichen Jugendpflege gearbeitet worden ist, dürfte, wie es in einem Artikel des „Korrespondenzblattes“ des ADGB, heißt, auch heute noch als brauchbarer Grundgedanke des notwendigen Weiterarbeitens anzusehen sein. Aber es gelte, der besonderen Entwicklung der allgemeinen Jugendbewegung Rechnung tragend, über den Rahmen der alten Betätigung hinaus neue und noch ins Einzelne gehende Formen und Wege festzulegen. Daneben werden als wichtige Punkte auch die Lehrlingsfrage, ferner die Durchführung des Reichsjugendgesetzes und durch dasselbe allgemein zu schaffenden Jugendämter in den Kreis der Beratungen einzubeziehen sein.

Wir werden über die Tagung am Schlusse zusammenfassend berichten.

Billigere Lebensmittel statt Lohnerhöhung.

Veranlaßt durch die allgemeine Teuerung beschloß sich die Besatzung des Elektrizitätswerks Südwest Aktiengesellschaft in ihrer am Freitag abgehaltenen Betriebsversammlung mit dem laufenden Lohnsatz. Es wurde einstimmig beschlossen, den jetzigen Lohnsatz zu kündigen. Außerdem wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die Versammlung fordert ihren Betriebsrat auf, bei den Gewerkschaften dahin zu wirken, daß eine von der Groß-Berliner Arbeiterchaft der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke zu wählende Deputation bei dem Herrn Landwirtschafts- und Reichsernährungsminister vorstellig wird, um ihnen vor Augen zu führen, daß der Arbeiterchaft nichts an den Lohnforderungen gelegen ist. Die Versammlung erhebt Protest und fordert, daß

endlich das Uebel an der Wurzel gefaßt wird, um den Erzeugern das Wuchern mit den heiligsten Gütern der Erde zu unterbinden. Angesichts der reichen Getreideernte sind die Vermalmten fest davon überzeugt, daß, wenn die Preistreiberer so weitergeht, der wohlhabende Bauer und Gutsbesitzer der Totengräber des eigenen Volkes wird.

Mit aller Entschiedenheit wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Geduld der Arbeiterschaft eine Grenze hat. Der Vorsitzende des Betriebsrats, Kollege Gulanel, wurde beauftragt, alle dahingehenden Schritte zu unternehmen.

Forderungen der Schilderannmacher.

Die in der Schilderfabrikation Berlin beschäftigten Schilderannmacher, Helfer, Kutscher und Arbeiter, organisiert im Transportarbeiterverband, nahmen in einer gutbesuchten Branchenversammlung am Sonntag zur Tarifkündigung Stellung. Der jetzt geltende Tarif läuft bis zum 1. Oktober und muß spätestens am 1. September gekündigt werden. Es wurde nun aus der Mitte der Versammlung heraus beantragt, schon für die Zeit ab 15. August bis zum 1. Oktober eine Erhöhung der Bezüge als Teuerungszulage zu fordern. Nach eingehender Aussprache darüber wurde der Antrag einstimmig angenommen und beschlossen, für diese Zeit als Teuerungszulage für alle in der Schilderfabrikation beschäftigten Schilderannmacher, Helfer, Kutscher und Arbeiter 2 M. pro Stunde zu fordern.

Dann wurde die Tarifkündigung zum 1. Oktober beschlossen und die neue Tarifvorlage festgestellt. Gefordert wird eine gleichmäßige Erhöhung der Tariflöhne der Annmacher, Helfer, Kutscher und Arbeiter um 2,20 M. pro Stunde, wodurch die Tariflöhne der Annmacher auf 9 M., der Helfer auf 8,50 M., der Arbeiter im Alter von 18 bis 20 Jahren auf 6,75 M. und der Arbeiter über 20 Jahre auf 7,60 M. steigen würden. Bei den Kutschern, die Wochenlohn haben, wird der geforderte Betrag verrechnet und darauf zugeschlagen. Für Ueberstunden, die nur in Ausnahmefällen zulässig sind, soll es bei dem Zuschlag von 25 Proz. verbleiben. Für Nacht- und Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 100 Proz. verlangt. Selbstständig arbeitende Helfer erhalten den Lohn der Annmacher. Der Rahmenvertrag soll auf ein Jahr festgelegt werden, während die Lohnsätze nach 14tägiger Kündigung allmonatlich revidierbar sein sollen.

Gewerbegerichtswahl 9. Bezirk. Wahllegitimationen sind im Bezirkswahllokal von Fritz Piper, Cassiner Str. 6, zu haben. Die Mitglieder der Gewerkschaftskommission sowie alle Wahlhelfer treffen sich dort am Donnerstag, den 18. August, abends 7 Uhr, zur Einteilung der Wahlposten. Gewerkschaftsmitglieder, veräunmt nicht, auch an der Wahlhilfe zu beteiligen.

Die Gewerkschaftskommission Wilmersdorf.

Der Afa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin, weist nochmals darauf hin, daß die Wahlbestimmungen für Arbeitnehmer zum Gewerbegericht der Stadt Berlin bei einer dem Afa-Bunde angeschlossenen Organisation in Empfang zu nehmen sind. Sollte eine größere Zahl von Exemplaren benötigt werden, so würde ein vorheriger telephonischer Anruf bei der betreffenden Organisation notwendig sein. Wir bitten nochmals, für eine beschleunigte Abholung Sorge zu tragen zu wollen, da die Wahlen bereits am 21. August d. J. stattfinden.

Sport.

Rennen zu Karlshorst, Sonntag, 14. August. Das Bobbiens-Jagdrennen holte sich Philomele, die bislang ihren Vorkämpfern immer viele Enttäuschungen brachte, desgleichen reichte es für den unverwundlichen Kuller-Rasch zum Siege. Er brachte den Preis von Frederksdorf heim. Nachfolgend die genannten Resultate:

1500m Hürdenrennen. 16000 M. 2800 Meter. 1. Jaktor (Edler), 2. Sinn sein (Scholz), 3. Almannach (H. Remick). Tot: 37: 10, Platz: 12, 11: 10. Ferner liefen: Nimm (4.), Wassenbund. — **August-Jagdrennen.** 16000 M. 3400 Meter. 1. Kuller (Burr), 2. Conit Martin (Nissen), 3. Kuller (Ulrich). Tot: 15: 10, Platz: 12, 13, 21: 10. Ferner liefen: Haddrubal, Halle, Hummigkeit, Delanne, Gertrud. — **Preis von Frederksdorf.** Ehrenpreis und 21000 M. 4000 Meter. 1. Kuller (H. Scholz), 2. Kinnig (Günther), 3. Kuller (Ulrich). Tot: 34: 10, Platz: 27, 23, 18. Ferner liefen: Sit gemacht (4.), Wetterheide, Frei, Lorenz. — **Preis von Petershagen.** 16000 M. 3400 Meter. 1. Ghere delem (Görhler), 2. Senja (Pegell), 3. Rogold (Ulrich). Tot: 21: 10, Platz: 15, 29, 20: 10. Ferner liefen: Korob (4.), Gero, Ledemann, Flagg Day (gef.), Reida (gef.), Weinhard, Belle (angeh.). — **Bobbiens-Jagdrennen.** Ehrenpreis u. 20000 M. 3700 Meter. 1. Philomele (H. Vetter), 2. Sturmwind (H. Hülshagen), 3. Coriolan II (H. Vetter). Tot: 23: 10, Platz: 15, 28: 10. Ferner liefen: Gerberus (4.), Karl der Große. — **Berücks-Jagdrennen.** 16000 M. 3000 Meter. 1. Belgrade (H. Remick), 2. Parma II (Senf), 3. Jaktor (Sommerfeld). Tot: 51: 10, Platz: 12, 11, 12: 10. Ferner liefen: Dersog (4.), Ebel, Schwannritter, Dumle. — **Preis von Gieselsdorf.** 16000 M. 1800 Meter. 1. Rosenfeld (Gumbinger), 2. Rajenhammer (H. Müller), 3. Jahn (Danz). Tot: 23: 10, Platz: 32, 34, 15: 10. Ferner liefen: Gannor B. (4.), Dorf, Remick, Refur, Brife, Urmadonna, Paula, Givet, Antik, Saarfeld, Scapa, Junkspruch, Palente, Orlan.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Stetlich kühl, zeitweise aufklarend, jedoch sehr unbeständig mit öfter wiederholten Regenschauern und lebhaften westlichen Winden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten Ortsgruppe 9. KD. Dienstag, den 18. August, abends 7 1/2 Uhr, Vortragsveranstaltung, Unions-Gebäude, Gieselerstraße 222. — **Heimkehrer für Gabelbecker'sche Strassenbahn in Berlin G. B.** 1/2 Uhr, Zuffenwälder Oberrealschule, S. 14, Dresdener Straße 113, und Hotel „Deutscher Hof“, Ludowiger Str. 12.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

5. und 6. Wkt. Schlabend, heute abend 7 1/2 Uhr bei Krauser, Jagelberger Str. 20 a. Thema: Jugendbewegung. Ref. Genosse Albrecht.
109. Wkt. Friedrichshagen. Donnerstag am Dienstag, den 16. Aug., abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Ditta, Reichstr. Ecke Wilhelmstr. Thema: Meine Geliebte im Orient. Ref. Bismarck.
128. 129. 130. Wkt. Panitzsch. Arbeitsgruppenversammlung. Am Dienstag, den 18. August, abends 7 1/2 Uhr, im Ritzschen Zeit. Bräuterei 14, Vegetarierhaus und der Stadtrat von Panitzsch müssen unbedingt erscheinen.

Zentralverband der Angehörten. Öffentliche Versammlung aller Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten, morgen vorm. 10 Uhr in den Germania-Gärten, Chausseestraße 110.

Deutscher Arbeiter-Sportbund. Dienstag 5 Uhr, Rationierkassen, Restaurant Schulberg, Wilmersdorf 6 d. — 5 1/2 Uhr, Rationier- und Lebensmittelläden in der Reichshalle C 2, Siraalauer Straße 54. Die Gehaltsverhältnisse. — Mittwoch 1/2 Uhr, Großhändler Beruf, Restaurant Schulberg, Wilmersdorf 6 d. Bericht der Tarifkommission.

Bezugsstellen für den revidierten Teil: Dr. Werner Weiser, Charlottenburg; für Angehörige: Th. Wede, Berlin; Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Emil Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.

DIE NEUESTE DEUTSCHE MODE



UNSERE 3 NEUEN HEFTE

erhältlich in allen Buch- und Zeitschriftenhandlungen sowie in unseren

Schnittmuster-Verkaufsstellen in Berlin:

Breite Straße 11 / Reinickendorfer Straße 15 / Oranienstraße 41
Neue Schönhauser Straße 11

Randstraße 7 / Großbeerenstraße 60 / Frankfurter Allee 64
Hohenstraße 14 / Frankekystraße 23 / Danziger Straße 85
Prenzlauer Allee 187 / Schönhauser Allee 177 / Zoffener Str. 35

Kaufhaus Fr. Hahn, Alexanderplatz, Landsberger Str. 60-63

außerdem

Schnittmuster-Lager in sämtlichen Filialen der Firma
W. Spindler, Färberei und chemische Waschanstalt

Veröffentlichungen des Verlages der Kommunistischen Internationale

Schriften von N. Lenin:

- Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus M. 4.—
- Der „Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus M. 4.—
- billige Ausgabe M. 2.50
- Die Weltlage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale M. 1.30
- Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats M. 1.20
- Das Verhältnis der Kommunisten zum mittleren Bauerntum M. 1.40
- Die große Initiative (Der Heroismus der russischen Arbeiter im Hinterland. Die Kommunistischen Samstage) M. 1.—
- Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht M. 1.—
- An die russische Jugend M. 0.50
- Die auswärtige u. innere Politik Sowjet-Rußlands M. 1.—
- Die gegenwärtige Lage Sowjet-Rußlands M. 0.50
- Das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauerntum M. 1.—
- Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjet-Rußlands (Ueber Naturalsteuer) M. 1.—

Zu beziehen durch die

Verlagsbuchhandlg. Carl Hoym Nachf. Louis Cahnley

Hamburg II 3625*

Lombard-Haus
H. Kraft, Leipz. Str. 75 II
Höchste Beibehaltung Diskret., Realiste Gefolgschaft, Kaufe, Uhren, Brillanten, Schmucksachen. 10-50% unter Ladenpr.

Vorwärtsirebende und Gränder
Gute Verdienstmöglichkeiten, Aufführung und Leitung gebende Beschäftigte: Ein neuer Welt 7 leidet gratis.
J. Gromann & Co., Berlin, Röntgenstr. 71.

Ruhebetten
200 Mk.
aus Baracken, im Papierberg
Girndt, Neukölln,
Königsplatz 2
Tel.: Neukölln 1908.

Freie stenographische Vereinigung „Stolze-Schrey“
eröffnet Anfängerkurse:
Dienstag, d. 23. Aug., abends 1/8-1/10 Uhr. Gemeindefaule, Siraalauer Str. 54, Zimmer 2.
Mittwoch, d. 24. Aug., abends 1/8-1/10 Uhr. Gemeindefaule, Siraalauer Str. 123.
Freitag, d. 26. Aug., abends 1/8-1/10 Uhr. Gemeindefaule, Siraalauer Str. 20.
Freitag, d. 26. Aug., abends 1/8-1/10 Uhr. Gemeindefaule, Turmstr. 75.

Unterrichtsgeld für die ganze Dauer des Kurzes 25 M., ggf. Lehrentgelt. Schüler und Schülerinnen inkl. Schüler bei der Anmeldung zum Unterricht, die evtl. auch noch am 2. Unterrichtsabend entgegengenommen wird.
Mitglieder zu unseren Übungsabenden für Fortgeschrittene werden jederzeit aufgenommen. Monatsbeitrag 2 M. Wir weisen auf unsere diesbezüg. Mitteilungen im Vereinsfahnen der 91. Räbers Wachen durch den Vorsitzenden.
Carl Bantsee, D. 34, Bornholmer Str. 39.

Walthorius Hienfong-Essenz
Konto extra stark
(Dose) 12 Pf. 25 Mk., 30 Pf. 60 Mk. franko. In Apoth., Droger., sonst dr. v. Laborat. E. Walthorius, Halle a. S., Trotha 143

Rose-Theater Jugend



Neuanstöße 54
7 1/2 Uhr:
Das sensationelle Saison-Eröffnungsprogramm

Verkäufe

Belhans Friedrichstraße 3 (Helleres Kor) verkauft (sofort) Herrenanzüge, Cigaretten, Uhren, Schläpfer, Socken, keine Bombardiere.
Kreuzstraße 200, Silberfäden, Goldfäden, Grottenfäden, Brochegempen, Kleintausch, zu beabsichtigt herabgesetzt, so fortwährend Sommerpreisen, Meluhin, Silberstraße 5, Schreinerbindung Hoch, Staatbahn Wenzelstraße 1342*
Stannenerende! Kreuzstraße 75, Rosstraße 60, ein Kleinfäden, Goldfäden, sowie alle anderen Kleinfäden, Belmanteil, alles zu beabsichtigt herabgesetzt, so fortwährend Sommerpreisen. Kein Kommodore! Belhans Siraalauer Straße 7, 122R*
Weltliche Hilfe. Vornahme bis 14. August! Gedruckt 25, Rissen 11, Weltliche 20, J. 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Kaufgesuche

Fahrendant, Einem Straße 10, 140R*

Spiralhefter, Goldfäden, kauf Rosenhörn, Hiltensberg, Reichstraße 12.

Verkauf

Verkauf von Kuchens, Kauf für Stelle, Gebanung, Kauf, neue Kuchens, 30 (Kreuzstraße) 102R*

Verkauf von Kuchens, Kauf für Stelle, Gebanung, Kauf, neue Kuchens, 30 (Kreuzstraße) 102R*

Verkauf

Verkauf von Kuchens, Kauf für Stelle, Gebanung, Kauf, neue Kuchens, 30 (Kreuzstraße) 102R*

Verkauf von Kuchens, Kauf für Stelle, Gebanung, Kauf, neue Kuchens, 30 (Kreuzstraße) 102R*